

einen, frage ich gerade die Christen in unserem deutschen Lande, ob es christlich ist, die deutsche Jugend den Verführungen der amerikanischen Gangsterkultur, der anglo-amerikanischen Schmutzkultur und der Unkultur westlicher Filme usw. auszusetzen, oder ob es nicht doch christlicher ist, den Weg zu gehen, wie er von diesem Hohen Hause in der vorigen Sitzung durch die Annahme des Jugendgesetzes beschlossen wurde.

(Langanhaltender lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Ich frage das christliche Gewissen, ob eine Wirtschaftspolitik, die schon jetzt zwei Millionen Arbeitslose geschaffen hat, christlicher ist als eine Wirtschaftspolitik wie die unsrige, in der jeder Arbeit findet. Und ich frage, ob es christlicher ist, die Arbeitslosen zu Söldnern und Fremdenlegionären zu machen, oder ob es nicht doch christlicher ist, ihnen Arbeit zu geben und einen sinnvollen, friedlichen Lebensinhalt zu verschaffen.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist entschlossen, diesen Weg des Friedens kompromißlos und folgerichtig weiterzugehen. Dieser Weg hat schon große Erfolge erzielt. Wir erfreuen uns der hilfreichen Freundschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, wir erfreuen uns der Freundschaft der Volksrepublik China, wir erfreuen uns vor allem der Freundschaft Polens und der Tschechoslowakei. Uns verbindet Freundschaft mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien, und gleiche Beziehungen verbinden uns mit der Albanischen sowie mit der Koreanischen Volksrepublik. Es erübrigt sich, meine Damen und Herren, an dieser Stelle im einzelnen die Perspektiven aufzuzeichnen, die sich politisch und wirtschaftlich aus diesem so weitgespannten System der Freundschaft ergeben, das ein Drittel der Erde umfaßt. Es sind das alles Perspektiven, die sich nicht nur für die Deutsche Demokratische Republik, sondern mit dem Abschluß eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland eröffnen. Dieses große Lager des Friedens ist gewillt, die Wirtschaft aller Völker in Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitiger Förderung und Hilfe aufzubauen, und diese Aufgaben sind auf Jahrzehnte hinaus gewaltig, ja unübersehbar. Jede Kraft, jede Hand ist für diesen Aufbau willkommen, und jede Chance des gemeinsamen Aufbaues kann und wird auch jedem Arbeiter, jedem Betrieb, jedem schaffenden Menschen, nicht zuletzt in West- und Süddeutschland, Möglichkeiten eröffnen, die frei sind von allen Krisengefahren, frei von der Angst der Arbeitslosigkeit und Lohnkürzung, und die endlich den Menschen die Gewähr eines gesicherten Lebensstandards geben würden. Ich glaube, daß gegenüber diesen unmittelbaren realen Möglichkeiten jedes Argument des westlichen Kapitalismus und jede Propaganda der Scheinblüte des Marshall-Planes in sich zusammenfallen.

Aber nicht nur diese großen Perspektiven einer solchen Freundschaftspolitik sind maßgebend. Der Deutschen Demokratischen Republik ist es gelungen, schon eine Reihe wichtiger zwischenstaatlicher Verträge abzuschließen bzw. in Angriff zu nehmen.

Mit Polen haben wir uns über die Zusammenführung getrennter Familien verständigt. Die Verhandlungen über die Beschleunigung der Rückkehr der ehemaligen Kriegsgefangenen sind erfolgreich gewesen. Verhandlungen zur Normalisierung der Verkehrsverbindungen werden nach allen Seiten geführt. Gemeinsame Maßnahmen beispielsweise zur Hochwasserbekämpfung sind mit Polen bereits vereinbart. Insbesondere der große Rahmen der sich anbahnenden Handelsvertrags-

beziehungen mit den anderen Mächten wird im Laufe der nächsten Monate planmäßig ausgefüllt werden. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß unter der Leitung des Herrn Ministers Handke eine deutsche Handelsdelegation in Moskau weilt. Weitere Handelsvertragsverhandlungen mit den übrigen befreundeten Staaten, vor allem auch mit der Chinesischen Volksrepublik, sind in Vorbereitung. Das Netz der wirtschaftlichen Beziehungen wird also in absehbarer Zeit eng und für das ganze deutsche Volk von ausschlaggebender Bedeutung sein. Ich sage bewußt: für das ganze deutsche Volk, denn dieses Handelssystem wird auch Westdeutschland zugute kommen, wenn dort nur die richtigen Erkenntnisse Platz greifen.

(Sehr richtig!)

Auf dem Weg über die Deutsche Demokratische Republik — und zwar nur über diesen Weg — ist die Möglichkeit zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit auch in Westdeutschland gegeben.

(Lebhafter Beifall)

Das alles, meine Damen und Herren, sind nur Beispiele, ist gewiß keine erschöpfende Liste für unsere tägliche stille Arbeit, die aber — und das scheint mir wichtig — eines erkennen läßt: Mit dieser Politik des Friedens und der Freundschaft wird auch der Weg frei gemacht, das namenlose menschliche Elend, das der Hitlerkrieg zurückgelassen hat, soweit es in menschlichen Kräften steht, zu mildern und zu überwinden. Getrennte Familien finden wieder zueinander, komplizierte Rechtsverhältnisse, die zu schweren menschlichen Tragödien geführt haben, werden gelöst, kurzum, es wird der Weg frei geschaufelt, nicht nur den Frieden zwischen den Völkern zu schaffen und zu sichern, sondern auch Frieden und Ordnung in die Beziehungen der einzelnen Menschen untereinander zu bringen.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß diese Erfolge deutlich erkennen lassen, daß die Deutsche Demokratische Republik einen Weg gegangen ist, der nicht nur für den Wirkungsraum unserer Republik, sondern eben für das ganze deutsche Volk beispielhaft sein kann. Dieser Weg ist auch der einzige, der heute dem deutschen Volk zu freier und selbständiger Verbindung mit fremden Mächten und Völkern zur Verfügung steht. Man kann nicht anerkennen, daß der sogenannten Bundesregierung in Bonn die Möglichkeit zu souveräner außenpolitischer Handlung gegeben wäre. Im Art. VII des Besatzungsstatutes wird ausdrücklich festgelegt, daß die Verbindung der Hohen Kommissare mit den Regierungen anderer interessierter Staaten dadurch gesichert wird, daß diese Regierungen geeignete Missionen dem Rat der Hohen Kommissare begeben sollen, die auf Grund eines besonderen Verfahrens zu seinen untergeordneten Körperschaften und zur deutschen Regierung Zutritt haben. Hier wird ausdrücklich festgestellt, daß die Rolle der Bundesregierung noch den untergeordneten Organen der Hohen Kommissare nachgeordnet wird. Schon mit dieser Reihenfolge ist die Geringfügigkeit der selbständigen Handlungsmöglichkeiten der Bonner Regierung auf dem Felde der Außenpolitik gekennzeichnet. Wenn das deutsche Volk wirklich den Weg zu anderen Völkern finden, den Weg zu Frieden und Freiheit gehen will, so kann er nicht durch die Hintertür von Bonn, nicht durch den Beitritt zum Europarat und Atlantikpakt, sondern nur über die Deutsche Demokratische Republik beschritten werden.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Wenn jetzt die anglo-amerikanische Politik in Deutschland dazu übergeht, West- und Süddeutschland in ein aggressives Allianzsystem auf politischem, wirtschaftlichem und militä-